

VhU-Presskonferenz

Montag, 1. März 2021

**Unternehmen mehr Investitionen und
Innovationen am Heimatstandort ermöglichen!**

Erwartungen der hessischen Wirtschaft
an die Politik nach der Bundestagswahl 2021

Statements

VhU-Präsident Wolf Mang

VhU-Hauptgeschäftsführer Dirk Pollert

Es gilt das gesprochene Wort!

1 VhU-Präsident

2 **Begrüßung und Einleitung**

3 Meine sehr geehrten Damen und Herren,

4 in sieben Monaten findet die Bundestagswahl statt.

5 Wie soll die Politik in der nächsten Legislaturperiode gestaltet
6 werden? Was hat sich bewährt, was muss geändert werden?

7 Wie vor jeder großen Wahl hat die VhU Wünsche und
8 Vorschläge der hessischen Wirtschaft aufgeschrieben.

9 Sie wurden am 3. Februar 2021 vom VhU-Präsidium
10 beschlossen.

11 Unsere „Erwartungen an die Politik nach der Bundestagswahl
12 2021“ bestehen aus rund 150 Handlungsempfehlungen in
13 25 Themenfeldern.

14 Sie richten sich an die künftigen Mitglieder des Bundestages
15 und der Bundesregierung sowie schon jetzt an alle hessischen
16 Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl.

17 Und sie richten sich an die Parteien, die gerade ihre
18 Wahlprogramme formulieren.

19 Im Mai werden die Parteitage von SPD und FDP stattfinden, auf
20 denen die Programme beschlossen werden. Im Juni folgt der
21 von Bündnis 90/ Die Grünen. Die CDU hat noch keinen Termin
22 bekannt gegeben.

23 Deshalb haben wir in den vergangenen Tagen unsere
24 Vorschläge an mehrere hundert Vertreter aller im Bundestag
25 vertretenen Parteien aus Hessen geschickt.

26 Es geht um die Politik ab dem Jahr 2022, nicht um die
27 Bewältigung der Corona-Krise im laufenden Jahr. Es geht um
28 die Zeit danach, um die neue Normalität, die wir hoffentlich
29 spätestens mit einem rauschenden Silvester Fest am
30 31.12.2021 beginnen dürfen.

31 Zu Beginn des Wahljahres 2021 hat die deutsche Wirtschaft ein
32 schreckliches Rezessionsjahr hinter sich. In vielen Branchen ist
33 völlig unklar, ob und wann der Aufschwung beginnt und wie
34 lange der Aufholprozess dauern wird. Vor 2022 erwarten die
35 wenigsten Unternehmen, das Vor-Corona-Niveau bei
36 Produktion oder Umsatz wieder zu erreichen, viele erst 2023
37 und manche sogar erst Mitte des Jahrzehnts.

38 Neben Corona belastet ein Mix aus Strukturwandel und global
39 ansteigendem Protektionismus unsere Wirtschaft. In der
40 Industrie und in vielen Dienstleistungsbereichen ist es vor allem
41 der technologische und digitale Wandel, der Produkte und
42 Produktionsverfahren sowie angebotene Dienste verändert.
43 Eine von Wettbewerbsprozessen angetriebene permanente
44 Transformation der Märkte gehört zum Alltag der Unternehmen.

45 Was wünschen sich die hessischen Unternehmen am meisten?

46 Deutschland als Investitions- und Innovationsstandort deutlich
47 stärken, damit unsere Unternehmen mit Investitionen und
48 Innovationen am Heimatstandort zu neuer Wettbewerbsstärke
49 durchstarten können – das ist unser zentrales Anliegen.

50 Die Politik im Bund muss mehr Raum für unternehmerische
51 Freiheit und für möglichst viel Wettbewerb auf Märkten lassen.
52 Umso leichter werden es die Unternehmen haben, die
53 langfristigen Herausforderungen zu meistern. Das sind:

- 54 • Zunehmende globale Konkurrenz
- 55 • Technisch getriebener Strukturwandel, insbesondere
56 durch Digitalisierung
- 57 • Demographische Alterung, vor allem der
58 Nachwuchsmangel
- 59 • Klimaschutz

60 Die Aufgaben der aktuellen Krisenbewältigung dürfen den
61 langfristigen Blick auf die teils auch harte Realität nicht
62 verstellen.

63 Was sind wichtige Anliegen, die ich hervorheben möchte?

64 **Erstens:** Weniger Steuerlast!

65 Der wichtigste Schlüssel ist eine Reform der
66 Unternehmenssteuern. Nach mehr als zehn Jahren Stillstand
67 darf sich die Bundespolitik hier nicht länger verweigern. Die
68 Steuerlast für Unternehmen liegt im Schnitt bei mehr als 30
69 Prozent, während es EU-weit nur 22 Prozent sind. Deutschland
70 muss zumindest 25 Prozent anvisieren.

71 **Zweitens:** Keine neuen Belastungen!

72 Es muss Schluss sein mit Gesetzen, die Investitionen von
73 Unternehmen hemmen statt zu fördern: Die Pläne für ein
74 Lieferkettengesetz und ein Unternehmensstrafrecht
75 diskriminieren pauschal unternehmerisches Handeln. Sie
76 beschädigen die Investitionsbereitschaft.

77 **Drittens:** Die Arbeitgeber nicht überfordern!

78 Deutschland hat schon international mit die höchsten
79 Arbeitskosten. Deshalb dürfen die Sozialversicherungsbeiträge
80 40 Prozent vom Brutto nicht überschreiten. Mit 2.200
81 Arbeitsgesetzen und 48.000 Verordnungen zum Arbeitsrecht –
82 das sind unfassbare Zahlen – gehört Deutschland zu den am
83 meisten regulierten Ländern.

84 Wenn wir neue Arbeitswelten und -formen erschließen wollen,
85 brauchen wir mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt, etwa durch ein
86 modernes Arbeitszeitgesetz, das die höchstzulässige
87 Arbeitszeit pro Woche betrachtet statt pro Tag. Wir brauchen in
88 der Arbeitsmarktpolitik und im Arbeitsrecht einen auf „New
89 Work“ angepassten Rahmen.

90 **Viertens:** Klimaschutz geht günstiger.

91 Klimaschutz muss realistisch, technologieoffen und
92 marktbasierend gemacht werden. Anderenfalls schrecken
93 Deutschland und Europa den Rest der Welt durch die staatliche
94 Verteuerung von Energie ab, ohne dass global etwas bewegt
95 wird, weil China und die USA die Hauptemittenten bleiben.

96 **Fünftens:** Mehr Investitionen und Intelligenz für Mobilität

97 Für eine Sicherstellung der Mobilität brauchen wir mehr
98 Investitionen in Straßen, Brücken und Schienen. Und eine neue
99 Balance zwischen einem verdoppelten ÖPNV und
100 Individualverkehr, mit ökologischen und klimaneutral
101 betriebenen Autos und Lastwagen, ohne diese ständig zu
102 verdammen.

103 **Sechstens:** Mehr Innovationen

104 Wir brauchen zum Beispiel einen Digitalpakt 2.0, Investitionen
105 in die MINT-Bildung, mehr ökonomische Bildung sowie mehr
106 Forschungsförderung und Wissenstransfer.

107 **Siebtens:** Die EZB muss die Nullzinspolitik allmählich beenden
108 und die Geldpolitik normalisieren

109 Bewusst bringen wir dieses Anliegen auch in unseren
110 Erwartungen zur Bundestagswahl, da der Bundestag weiterhin
111 die Aufgabe hat, die Einhaltung des EZB-Mandats zu
112 kontrollieren, wie es das Bundesverfassungsgericht jüngst
113 eindrücklich in Erinnerung gerufen hat.

114

115 Herr Pollert und ich stellen ihn nun einige ausgewählte Anliegen
116 vor.

117 Ich beginne mit der Wirtschaftspolitik und finanziellen Themen.

118 Herr Pollert wird dann Anliegen der Arbeitsmarkt-, Tarif-, Sozial-
119 und Bildungspolitik ansprechen, bevor ich mit einigen speziellen
120 Themen schließen werde.

121 **Wirtschaftsordnung: Freiheit, Markt und**
122 **Wettbewerb!**

123 *[Diese Überschriften nicht sprechen – die Journalisten werden*
124 *sie mitlesen können, da sie die Statements vorab erhalten]*

125 Die Bundespolitik sollte eine freiheitliche und
126 marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung verwirklichen. Der
127 Staat ist Regelsetzer und Schiedsrichter, aber nicht Mitspieler.

128 Dabei sollte er grundsätzlich auf unternehmerische Tätigkeiten
129 auf wettbewerblichen Märkten verzichten, da private
130 Unternehmen aufgrund der persönlichen Haftung diese besser
131 und kostengünstiger durchführen können.

132 In regulierten Märkten wie Stromnetzen, Gasleitungen oder
133 Schieneninfrastruktur muss er die Regulierung so ausgestalten,
134 dass genügend Investitionen in den Erhalt und Ausbau der
135 Infrastruktur erfolgen.

136 Eine steuernde Wirtschaftspolitik und dauerhafte
137 Marktinterventionen – wie etwa in der Energiepolitik – sind
138 abzulehnen, weil sie ein Wissen über zukünftige Bedarfe,
139 Techniken und Märkte erfordern, das niemand haben kann.

140 Und der Staat muss seine Rolle als Regelsetzer und
141 Schiedsrichter besser ausfüllen, wie die Beispiele wirecard oder
142 der VW-Diesel-Skandal zeigen. Der Staat sollte bestehende
143 Haftungsregeln konsequenter durchsetzen und nicht einfach
144 und einfallslos das Recht verschärfen.

145 **Geld und Währung: Nullzinspolitik beenden und** 146 **Geldpolitik normalisieren**

147 Die wichtigste Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften ist
148 eine stabile Geldordnung.

149 EZB und Notenbanken haben seit der Finanzkrise 2008 das
150 Zinsniveau massiv gesenkt.

151 Sie haben die Zentralbankgeldmenge (M0) in der Eurozone
152 drastisch ausgeweitet: Sie wird im Juli 2021 fast sieben Mal
153 höher sein als Juli 2008.

154 So wurden die Staatsschulden teilweise monetarisiert, d.h. es
155 wurden Teile der Staatsausgaben indirekt mit der Notenpresse
156 finanziert.

157 Das hat Wirtschaftsstrukturen verzerrt, das Potenzialwachstum
158 geschwächt, den Konzentrationsgrad der Wirtschaft erhöht,
159 Inflationsgefahr erzeugt, zur Staatsaufblähung beigetragen und
160 bedenkliche Verteilungseffekte hervorgerufen.

161 Diese extrem expansive Geldpolitik muss entschlossen und
162 schrittweise beendet werden.

163 EZB und Notenbanken sollten die Geldmenge langsam und
164 langfristig reduzieren, um kurzfristige Schocks zu vermeiden.

165 Die EZB sollte glaubwürdig ankündigen, nach Bewältigung der
166 Corona-Pandemie in 2022 ihre Käufe von Staats- und
167 Unternehmensanleihen allmählich zu verringern und spätestens
168 nach drei Jahren ganz einzustellen.

169 Sodann sollte sie über einen Zeitraum von mindestens zehn
170 Jahren einen angemessen hohen Anteil ihrer
171 Wertpapierbestände wieder verkaufen, um die Geldpolitik zu
172 normalisieren.

173 Die EZB muss glaubhaft ankündigen, dass sie nicht länger
174 Euro-Staaten mit zu geringen Reformambitionen monetär
175 unterstützen wird, sondern Zinssignale am Kapitalmarkt ohne
176 Verzerrung wieder zulassen wird.

177 Zudem muss der Bundestag unser Bargeld in Deutschland
178 unbegrenzt als Zahlungsmittel erhalten, um das Vertrauen der
179 Bevölkerung in das Geldsystem zu sichern.

180 **Wirtschaftsstandort: Mehr Investitionen am** 181 **Heimatstandort ermöglichen**

182 Ziel der Wirtschaftspolitik sollte ein langfristig höheres
183 Wirtschaftswachstum in Deutschland sein.

184 Das setzt mehr private Investitionen am Heimatstandort voraus.
185 Dazu müssen Investitionshemmnisse beseitigt werden. Es
186 muss Unternehmen wieder Spaß machen, in Deutschland zu
187 investieren. Konsequente Wachstumspolitik ist angesagt.

188 An erster Stelle ist ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft
189 nötig.

190 Also bitte keine Verschärfung des Unternehmensstrafrechts und
191 bitte kein noch so abgemildertes Lieferkettengesetz bzw.
192 Sorgfaltspflichtengesetz.

193 Wir wünschen uns die Beschleunigung von
194 Genehmigungsverfahren und eine höhere Akzeptanz und
195 größere Freiräume für neue Technologien, insbesondere in der
196 Industrie.

197 **Haushalt: Wachstumsfreundliche Konsolidierung**

198 In der Haushaltspolitik muss der Bundestag – im Zuge der
199 Erholung nach der Corona-Krise – die fiskalische Tragfähigkeit
200 des Haushalts durch eine wachstumsfreundliche Konsolidierung
201 sichern, so dass die Vorgaben der Schuldenbremse wieder
202 erfüllt werden.

203 Dabei sind Maßnahmen zu vermeiden, die das
204 Potenzialwachstum schwächen.

205 Wie im Jahrzehnt zuvor kann ein Teil des
206 Konsolidierungsbedarfs durch Steuermehreinnahmen dank
207 Wirtschaftswachstum erreicht werden.

208 Die Ausgabenseite muss auf den Prüfstand. Hier muss
209 konsolidiert werden. So können eine Erhöhung von
210 Ertragsteuern vermieden und tendenziell größere
211 Wachstumsraten des BIP erreicht werden. Höhere Steuern
212 wären Gift für den dringend benötigten Aufschwung

213 Überdies ist im Bund eine Haushaltsstrukturreform nötig, damit
214 der Bundeshaushalt wirkungsvoller Impulse für höheres

215 Wirtschaftswachstum setzt, primär durch steuerliche
216 Entlastungen von Unternehmen und zusätzlich durch
217 verstetigte öffentliche Investitionen.

218 Zudem muss der Bund mehr Vorsorge für künftige Belastungen
219 treffen, vor allem für die implizite Verschuldung der gesetzlichen
220 Sozialversicherungen, die den Umfang von drei
221 Jahreswirtschaftsleistungen erreicht hat.

222 Alle gegenwärtigen haushaltswirksamen Wünsche – auch die
223 der Wirtschaft – dürfen erst eingeplant und realisiert werden,
224 wenn angemessen hohe Maßnahmen zur Zukunftsvorsorge
225 finanziert sind.

226 Auch alle Anliegen und Vorschläge der VhU stehen deshalb
227 unter Finanzierungsvorbehalt.

228 Die nächste Bundesregierung muss alles daran setzen, dass
229 die Aufnahme von 750 Mrd. Euro an Schulden durch die EU
230 einmalig bleibt – wie derzeit noch beschlossen.

231 **Steuern: Unternehmenssteuern senken!**

232 In der Steuerpolitik muss der Bundestag aktiv werden:

233 Die effektive steuerliche Gesamtbelastung aller Unternehmen
234 ist in Deutschland mit über 30 Prozent zu hoch. Das macht
235 Investitionen weniger attraktiv. EU-weit sind es nur knapp 22
236 Prozent.

237 Beispielsweise beträgt die effektive Gesamtbelastung von
238 Kapitalgesellschaften in Deutschland knapp 30 Prozent,
239 während die Niederlande, Österreich und Spanien nur
240 25 Prozent verlangen und Polen, Tschechien, Slowenien und
241 das Vereinigte Königreich nur 19 Prozent.

242 Bund und Länder sollten die effektive Gesamtsteuerbelastung
243 aller Unternehmen senken: Zumindest auf 25 Prozent.

244 Der Solidaritätszuschlag ist für alle abzuschaffen.

245 Der Bundestag sollte ferner die Forschungszulage ausbauen
246 und für den Mittelstand vorteilhafter ausgestalten.

247 Neue oder höhere Steuern sind abzulehnen, insbesondere eine
248 nationale Vermögensteuer.

249 In der EU muss sich die Bundesregierung gegen eine
250 Finanztransaktionsteuer und eine Digitalsteuer einsetzen.

251 Ich übergebe das Wort an Herrn Pollert.

252

253 **HGF Pollert:**

254 **Arbeitsmarkt: Aus der Krise durchstarten durch**
255 **mehr Flexibilität**

256 Ich komme zur Arbeitsmarktpolitik.

257 Viele sichere und gut bezahlte Jobs – darum beneidet die Welt
258 Deutschland. Das war und ist nicht selbstverständlich, sondern
259 hart erarbeitet. In Hessen stieg die Zahl der Erwerbstätigen
260 zwischen 2005 und 2019 um 500.000 auf 3,5 Millionen.

261 In der Krise stabilisiert Kurzarbeit zwar vorübergehend
262 millionenfach Arbeitsplätze, um Entlassungen möglichst zu
263 vermeiden. Aber zusätzlich müssen neue
264 Beschäftigungschancen durch mehr Flexibilität bei Befristung,
265 Zeitarbeit und Arbeitszeit geschaffen werden.

266 Denn die Arbeitswelt hat sich im Rahmen der digitalen
267 Transformation bereits erheblich verändert und wird dies in
268 noch viel stärkerem Maße tun.

269 Arbeiten wird zeit- und ortsflexibler, die Methoden agiler, die
270 Organisation projektbasierter. Eines ist jedenfalls sicher: Wenig
271 wird so bleiben wie es war.

272 Und darauf hat sich auch die Politik einzustellen.

273 Mit einem pauschalen Arbeitszeitgesetz aus der Frühzeit der
274 Industrialisierung wird sich das German Jobwunder in einer
275 nach-pandemischen „neuen Normalität“ nicht fortschreiben
276 lassen.

277 Seit 15 Jahren fordern wir als Wirtschaft ein modernes
278 Arbeitszeitgesetz: Weder Olaf Scholz noch Andrea Nahles noch
279 Hubertus Heil haben im Bundesarbeitsministerium diese
280 Aufgabe angepackt.

281 Obwohl Zeitflexibilität für Arbeitnehmer mindestens so wichtig
282 ist wie für Arbeitgeber.

283 Insbesondere dann, wenn man Arbeit und Familienleben täglich
284 besser in Einklang bringen will, dazu in der Woche manchmal
285 länger, manchmal mit Unterbrechung arbeiten will, um vielleicht
286 auch einen freien Tag herauszuarbeiten.

287 Das alles geht aber nur bei einer Wochenbetrachtung der
288 Höchstarbeitszeiten. Deshalb muss die bisherige
289 Tageszeitbetrachtung weg und die Wochenbetrachtung muss
290 kommen.

291 Wir wollen – und müssen! - aus der Krise durchstarten durch
292 mehr Flexibilität. Arbeitnehmer und Unternehmer haben
293 übrigens längst damit begonnen. Höchste Zeit für die Politik,
294 den Rahmen dafür anzupassen!

295

296 **Gesetzliche Sozialversicherungen: Beiträge unter 40**
297 **Prozent halten**

298 Bei Renten-, Gesundheits- und Pflegepolitik lautet unser
299 wichtigstes Ziel: Die gesamten Sozialversicherungsbeiträge
300 müssen dauerhaft unter 40 Prozent bleiben.

301 Wir stehen vor einer riesigen Herausforderung, weil mit den
302 geburtenstarken Jahrgängen jedes Jahr mehr Menschen in
303 Rente gehen als Nachwuchskräfte in den Arbeitsmarkt
304 eintreten. 2030 fehlen so 400.000 Arbeitskräfte in Hessen.

305 Die Alterung unserer Bevölkerung ist eine harte
306 Belastungsprobe vor allem für die Finanzierung von Renten-,
307 Kranken.- und Pflegeversicherung. Steigende Beitragssätze
308 können aber durch konsequente Reformen abgewendet
309 werden.

310 Hierzu muss die Frühverrentung beendet und das Rentenalter
311 zukünftig entsprechend der steigenden Lebenserwartung auch
312 über 67 Jahre automatisch angehoben werden.

313 Im Gesundheitswesen braucht es Strukturreformen für eine
314 bessere Versorgung: Statt Gelegenheitschirurgie in kleinen
315 Krankenhäusern braucht es eine optimale Versorgung in
316 spezialisierten Zentren, dazu eine flächendeckende
317 Gesundheits-Grundversorgung vor Ort.

318 Die Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung muss
319 tendenziell vom Lohn abgekoppelt werden. Denn höhere
320 Gesundheitsausgaben in einer alternden Gesellschaft dürfen
321 nicht die dringend benötigten besseren Chancen für
322 Arbeitsplätze beschädigen

323 **Soziales: Bessere Rahmenbedingungen für mehr**
324 **Beschäftigung**

325 In der allgemeinen Sozialpolitik sollte die Grundsicherung als
326 das anerkannt werden, was sie ist: Ein leistungsfähiges
327 Auffangnetz. Sie darf nicht länger schlechtgeredet werden.

328 Neue oder höhere Sozialleistungen zur Umgehung der
329 Grundsicherung verbieten sich.

330 Paradebeispiel für eine verfehlte Sozialpolitik ist die neue
331 Grundrente: ungerecht, teuer und mit unverantwortlicher
332 Zusatz-Bürokratie. Sie gehört abgeschafft.

333 Statt neuer und höherer Sozialleistungen sind gute
334 Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung nötig.

335 Denn allein die Wertschöpfung von Millionen von
336 Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, von Unternehmen und
337 von Erwerbstätigen schafft die Grundlagen für das Handeln des
338 Staates und der Sozialversicherungen.

339 **Arbeitsrecht: Flexibilität der Unternehmen bewahren** 340 **und ausbauen**

341 Für die Arbeitgeberverbände ist das Arbeitsrecht von höchster
342 Bedeutung.

343 Jede neu gewählte Bundesregierung muss sich für ein flexibles
344 Arbeitsrecht einsetzen. Dies erfordert nicht nur die Bewältigung
345 der Corona-Pandemie, sondern auch die Herausforderungen,
346 die sich aus der Digitalisierung und Globalisierung ergeben.

347 Nur auf diese Weise kann die weltweite Arbeitsteilung mit
348 zeitlich großen Kommunikationschancen bewältigt werden.

349 Jede Einschränkung wird sich negativ auf den Standort
350 Deutschland und insbesondere die Industrie auswirken.

351 **Tarifrecht: Kollektives Arbeitsrecht an moderne** 352 **Arbeitsorganisation anpassen**

353 Ebenso wichtig ist das Tarifrecht.

354 Die rechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen
355 Unternehmen bzw. ihren Verbänden und den Gewerkschaften,
356 aber auch die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und

357 Betriebsräten muss so gestaltet werden, dass schnelle
358 Entscheidungsprozesse im Unternehmen möglich sind.

359 Langwierige Verhandlungen sowie die Inkaufnahme von
360 schädigenden Streikhandlungen stellen antiquierte
361 Kommunikationsformen dar und müssen durch ein kodifiziertes
362 Arbeitskampfrecht ersetzt werden, das u.a.
363 verhandlungsbegleitende Warnstreiks untersagt.

364 Vor allem muss die Politik die Tarifautonomie beachten. Sie
365 darf sich weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene
366 durch Vereinbarungen zum Mindestlohn einmischen.

367 **Bildung: Bildungsdeutschland in die Zukunft führen**

368 In der Bildungspolitik spielt der Bund zwar nur die 2. Geige, das
369 Motto muss aber auch hier lauten: Bildung ist Zukunft und der
370 Bund muss hier flankierend investieren.

371 Wir brauchen zum Beispiel einen Digitalpakt 2.0 und mehr
372 Investitionen in die MINT-Bildung sowie in ökonomische und
373 politische Bildung.

374 Gleichmaßen muss auch für die kommende Legislaturperiode
375 das Primat der Länderhoheit in der Bildung gelten.

376 **Hochschule, Wissenschaft und Forschung stärken**

377 Im Hochschulbereich geht es bundesweit darum, Abschlüsse zu
378 sichern, die Durchlässigkeit zu erhöhen und Anerkennungen
379 und Anrechnungen von (Studien-)Leistungen einheitlich und
380 transparent umzusetzen.

381 Forschung und Wissenschaft und Technologie- und
382 Wissenstransfer sichern die Zukunft, daher braucht es hier
383 mehr öffentliche und private Investitionen.

384 **Aus- und Weiterbildung flankierend unterstützen**

385 Im Bereich Aus- und Weiterbildung muss für die künftige
386 Bundesregierung das Motto „Flankierung, statt Regulierung“ der
387 Maßstab sein.

388 Bestehende Förderinstrumente, wie zum Beispiel das
389 Qualifizierungschancengesetz, müssen weiter an die Praxis
390 angepasst werden.

391 Impulse können bei der Werbung für die duale Ausbildung, der
392 Förderung von Mobilität und Wohnen sowie bei Innovationen an
393 den Berufsschulen gesetzt werden.

394 Ich übergebe jetzt das Wort wieder an Herrn Mang.

395 **Präsident Mang:**

396 **Außenwirtschaft: Mehr Freiheit für Handel und**
397 **Investitionen**

398 Eine Quelle des Massenwohlstands in Deutschland ist der
399 Erfolg unserer Unternehmen auf den weltweiten Märkten.

400 Deshalb muss die Bundesregierung weiter im Rahmen der EU
401 eine Außenwirtschaftspolitik für mehr Freihandel betreiben.

402 Sie muss sich dafür einsetzen, dass der EU-Binnenmarkt bei
403 Energie und Digitalem vollendet wird und dass der neue
404 Handelspakt der EU mit dem Vereinigten Königreich so
405 bürokratiearm wie möglich umgesetzt wird.

406 Die WTO als Hüterin des multilateralen Handelssystems muss
407 gestärkt werden, was nach der erfreulichen Wahl des neuen
408 US-Präsidenten wohl leichter werden wird.

409 Schließlich muss die EU gegenüber China für fairen
410 Wettbewerb eintreten, was dagegen einer Herkulesaufgabe
411 gleichkommt.

412 **Digitalisierung: Das digitale Zeitalter**
413 **marktwirtschaftlich gestalten**

414 In der Digitalisierungspolitik wiederhole ich mich vermutlich
415 auch noch in den kommenden Jahren:

416 Der flächendeckende Ausbau von Gigabit-Netzen muss
417 beschleunigt werden!

418 Gezielte Investitionsanreize für den raschen Aufbau der 5G-
419 Infrastruktur sind nötig.

420 Um den Zugang zu Daten zu erleichtern, müssen Projekte wie
421 die europäische Cloud-Initiative vorangetrieben werden. Da
422 sind sich Wirtschaft und Politik tendenziell einig.

423 Und auch hier wünschen wir ein Minimum an Bürokratie: Die
424 sich aus der Datenschutzgrundverordnung der EU ergebenden
425 Pflichten müssen vereinfacht werden.

426 Die von der EU geplante Digitalsteuer ist abzulehnen. Hier
427 sollte die Bundesregierung bremsen und nicht anschieben.

428 **Verkehr: Mehr Investitionen in Straßen, Brücken und** 429 **Schienen**

430 In der Verkehrspolitik sollte der Bund seinen grundsätzlich
431 richtigen Weg fortsetzen und mehr in Erhalt, Ausbau und
432 Neubau von Straßen, Brücken, Schienen und Kanälen
433 investieren.

434 Dazu müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren endlich
435 beschleunigt werden: Sie sollten Jahre und nicht Jahrzehnte
436 dauern.

437 Die Belange des Güterverkehrs sollten Bundespolitiker viel
438 mehr beachten.

439 Wir wollen, dass mehr Güter auf der Schiene und über
440 Wasserstraßen transportiert werden, aber dafür müssen
441 vordringlich deren Kapazitäten massiv ausgebaut werden.

442 Im Straßengüterverkehr muss der Bund endlich die Anzahl und
443 Qualität der Lkw-Stellplätze auf Rastanlagen steigern.

444 Ich finde, es ist beschämend, dass hunderte osteuropäischer
445 Fahrer nachts auf den Standstreifen parken und dort schlafen
446 müssen.

447 Für Lang-Lkw sollten mehr Straßen und Güter freigegeben.

448 Als Arbeitgeber wollen wir, dass die Bus- und Bahnangebote im
449 Personenverkehr massiv ausgebaut werden, damit unsere
450 Beschäftigten besser und bequemer zur Arbeit kommen.

451 Das heißt, in den Ballungsräumen muss der ÖPNV glatt
452 verdoppelt werden. Dazu sollte der Bund die
453 Regionalisierungsmittel perspektivisch verdoppeln.

454 Klar ist aber: Der Pkw wird auf lange Sicht die Nr. 1 im
455 Personenverkehr bleiben, nicht nur im ländlichen Raum – da
456 können die Grünen noch so sehr den motorisierten
457 Individualverkehr schlecht reden.

458 Wir brauchen vielerorts eine neue Balance zwischen ÖPNV und
459 Individualverkehr und zwischen Personenverkehren und
460 Güterverkehren.

461 Glücklicherweise sind die ökologischen Herausforderungen alle
462 technisch lösbar, wenn die Rahmenbedingungen angepasst
463 werden.

464 Kein Grund, das Auto oder den Lkw abzuschreiben, auch nicht
465 den Verbrennungsmotor. Denn Benzin und Diesel können
466 treibhausgasneutral synthetisch hergestellt werden.

467 Die Politik muss eine geeignete ökologische Rahmensetzung
468 vornehmen. Dazu komme ich gleich bei unseren Vorschlägen
469 zur Klimapolitik.

470 Die Politik muss bei neuen Antrieben und Kraftstoffen
471 technologieoffen bleiben und darf nicht einseitig auf Elektro-
472 Mobilität setzen.

473 Dass der Luftverkehr von zentraler Bedeutung für den
474 Wirtschaftsstandort ist, sieht man gerade an den
475 unverzichtbaren Frachtflügen während der Pandemie.

476 Der Weltflughafen Frankfurt sollte in seiner Drehkreuzfunktion
477 im internationalen Wettbewerb als Deutschlands Tor zur Welt
478 gestärkt werden. Politischen Kräften, in Hessen wie im
479 Bundestag, die die Bedeutung der Luftfahrt infrage stellen,
480 muss stärker widersprochen werden.

481 Heimische Airlines, die hoffentlich bald wieder viele Flieger im
482 Einsatz haben, dürfen nicht durch nationale Alleingänge

483 benachteiligt werden, wie beispielsweise durch die
484 Luftverkehrsteuer oder gar eine neue Kerosinsteuer.

485

486 **Bauen und Wohnen: Deregulierung für mehr neuen** 487 **Wohnraum**

488 In der Wohnungspolitik sollte der Bundestag Deregulierungen
489 beschließen und die sog. „Mietpreisbremse“ abschaffen.

490 Alle Bestrebungen nach Quasi-Enteignungen wie der Berliner
491 „Mietendeckel“ müssen rechtlich und politisch bekämpft
492 werden.

493 Ferner sollte der Bundestag die lineare Abschreibung auf
494 Gebäude von 2 auf 3 Prozent erhöhen.

495 **Energie: Staatliche Strompreisverteuerung** 496 **beseitigen**

497 Ich komme zur Energie- und Klimapolitik.

498 Die Wirtschaft benötigt eine jederzeit gesicherte Versorgung mit
499 Energie. Sie muss als Elektrizität, Wärme und als Brenn- und
500 Kraftstoffe umweltverträglich und zu möglichst geringen Kosten
501 bereitgestellt werden.

502 Dieses Zieldreieck einer sicheren, günstigen und ökologischen
503 Versorgung wird derzeit nicht erreicht.

504 Die Energiepolitik sollte teils neu justiert werden.

505 Ich beginne mit der Elektrizität.

506 Es ist inakzeptabel, dass heimische Unternehmen europaweit
507 die höchsten Strompreise zahlen.

508 Die Zahlen von Eurostat für das erste Halbjahr 2020 zeigen:

509 Industrieunternehmen in Deutschland zahlten 21,8 Cent je
510 Kilowattstunde. Das ist inklusive EEG-Umlage, die die
511 allermeisten Betriebe zahlen.

512 In Frankreich waren es 12,6 Cent und in Schweden 9,7 Cent je
513 kWh.

514 Ohne Steuern, Abgaben und Umlagen würden sich die
515 Strompreise in der EU innerhalb einer Spanne von gerade mal
516 2 Cent bewegen.

517 Die staatliche Strompreisverteuerung im Namen der Klimapolitik
518 muss beendet werden. Zumal sie ökologisch nahezu nichts
519 bewirkt.

520 Ebenso gehören die technologiespezifischen Subventionen und
521 Einzelförderungen abgeschafft.

522 Der Staat sollte lediglich eine technologieoffene
523 Rahmenordnung setzen, die zur Reduktion von
524 Treibhausgasen zwingt und gleichzeitig sicherstellt, dass die
525 Akteure über das „Wie“ entscheiden können.

526 Genau das gibt es in der EU im Bereich Industrie,
527 Stromerzeugung und innereuropäischer Luftverkehr.

528 Der EU-weite CO₂-Deckel, der jährlich sinkt, ist ein vorbildlich
529 marktwirtschaftliches System.

530 Deutschland ist mit dem nationalen Emissionshandel für
531 Verkehr und Wärme auch auf einem richtigen Weg dorthin. Das
532 Brennstoffemissionshandelsgesetz ist seit 1.1.2021 in Kraft.

533 Eine darüber hinaus gehende Regulierung ist klimapolitisch
534 nicht nötig.

535 Technologiespezifische Vorgaben, Verbote, Steuern und
536 Abgaben sowie Fördersysteme wie das EEG oder die schon
537 erwähnten CO₂-Flottengrenzwerte für Neuwagen sollten aus
538 dem Instrumentenkasten der Politik von EU und Bund
539 verschwinden.

540 Internationale Wettbewerbsnachteile für heimische
541 Unternehmen aufgrund weltweit unterschiedlicher
542 Klimaschutzstandards sind durch entsprechende
543 Kompensationsregelungen auszugleichen („Carbon-Leakage-
544 Schutz“).

545 Auf nationaler Ebene sehen wir noch Nachbesserungsbedarf
546 beim Brennstoffemissionshandelsgesetz für Verkehr und
547 Wärme:

548 Der Bundestag sollte im Brennstoffemissionshandelsgesetz –
549 erstens – die Menge an CO₂-Zertifikaten für Benzin und Diesel
550 sowie Heizöl und Erdgas deckeln und schrittweise verringern.
551 Dann wäre die ökologische Wirkung garantiert. Das fehlt bisher.

552 Und der Bund sollte – zweitens – die CO₂-Preise nicht direkt
553 verteuern, sondern die Preisfindung dem Markt überlassen.

554 Wir sagen: Klimaschutz geht günstiger – und wird dann attraktiv
555 für andere Länder zum Nachahmen.

556 Auf EU-Ebene sollte die Bundesregierung sich
557 konsequenterweise dafür einsetzen, dass die CO₂-
558 Flottengrenzwerte für Neuwagen abgeschafft werden.

559 Mittelfristig sollte die EU für den Bereich Verkehr und Wärme
560 ein zweites eigenständiges System mit CO₂-Deckel und
561 Emissionshandel etablieren – neben dem bestehenden EU-
562 Emissionshandel für Industrie, Stromerzeugung und
563 innereuropäischen Luftverkehr.

564 Die EU-Klimapolitik im Verkehr wäre dann wirkungsvoller, da
565 auch die Bestandsfahrzeuge erfasst würden, die bei der
566 Neuwagenregulierung außen vor bleiben.

567 Dieses zweite System für Verkehr und Wärme könnte den
568 nationalen Emissionshandel ablösen.

569

570 Soweit unsere Anliegen.

571 Natürlich sprechen wir keine Wahlempfehlung für eine
572 bestimmte Partei aus.

573 Lösungen für eine Stärkung des Investitions- und
574 Innovationsstandorts Deutschland – darum müssen sich alle
575 Parteien mehr als bisher kümmern.

576 Danke für Ihre Aufmerksamkeit.